

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 A für die dreispaltige Zeilzeile oder deren Raum berechnet.

Karl Hibdessen.

Am 3. März ist für alle Kollegen ganz unerwartet unser Karl Hibdessen, der langjährige und bewährte Bezirksleiter unserer Organisation in Friesland, des Todes verblühen. Eine Lungenentzündung hat ihn hinweggerafft.

Karl Hibdessen wurde im Jahre 1854 in Bremen geboren, er hat also ein Alter von 59 Jahren erreicht. Das ist noch kein Patriarchenalter, und doch gehörte er zu den ältesten Vorkämpfern unserer Bewegung. Mut und Sorge der Arbeit und die Unrast des Volksdienstes verzehren die Lebenskräfte schnell und legen den Menschen in einem Alter auf die Bahre, wo für die andern, die unter günstigeren und leichteren Bedingungen wachsen konnten, erst die Zeit der abgekürzten Weltbetrachtung und erfahrungsfreudigen Arbeit beginnt. Ein Tag in Sturm und Wetter, dem auch der Abend den Sonnenglanz ver sagt.

So ist die Gruppe derer, die noch die Jugendzeit unserer Bewegung sahen und in ihr wirkten, nur klein, und mit Karl Hibdessen ist wieder einer aus ihr geschieden.

Im Kriegsjahre beendete Karl Hibdessen seine Lehrzeit, und da in seiner Vaterstadt Handel und Wandel danieder lagen, so schnürte er sein Bündel und zog als junges Maurerblut in die Welt. Die Wanderschaft führte ihn weit hinaus, aber schließlich trieb es ihn, den ersten Sohn des Friesenlandes, doch wieder nach Norddeutschland, und hier warf ihn der Zufall nach IJehoe, wo er sich im Jahre 1875 zum ersten Male verheiratete. Er hatte schwer um sein langes Dasein zu ringen und mußte oft zu jeder Arbeit greifen, die sich ihm bot, ohne lange zu fragen, ob sie zu seinem Beruf gehörte. Um jene Zeit schloß er sich der Arbeiterbewegung an. Mit Hermann Mollenbuhr und J. S. Schmalefeld war er einer der rührigsten Agitatoren in Holstein und verbreitete in manchem Dorfe und in mancher Stadt die Lehre vom Kampf der Armen und Enterbten. Der Lohn für diese Tätigkeit bestand in Maßregelungen und Verfolgungen, von denen ihm ein gerüttelt Maß zuteil wurde. Oft mußte er monatelang nach Hamburg zur Arbeit gehen. In diesen Stürmen verlor er 1882 seine erste Frau. Nach einem Jahre verheiratete er sich zum zweiten Male.

Als der erste und schlimmste Sturm der ausnahmsweiligen Heße vorüber war, im Jahre 1884, gründete Karl Hibdessen, unterstützt von einer Reihe braver Kollegen, den Fachverein der Maurer IJehoes. Vor einigen Jahren konnte er zur Feier des fünfundsingzigjährigen Bestehens der Organisation die Festrede halten. Immer hat er dann unerschrocken und treu der Sache des Volkes geübelt. Schließlich mußte er im Jahre 1889 doch aus IJehoe weichen. Er ging nach Hamburg, wobei er freilich aus dem Regen in die Traufe kam. Die Aussperrung von 1890 traf auch ihn, und von den Opfern, die dieser schwere Kampf den Arbeitern auferlegte, ist keines an ihm vorübergegangen. Die dem Cholerafieber folgende trostlose Zeit drückte auch ihn mit aller Wucht. Im Jahre 1891 siedelte er nach seiner Vaterstadt Bremen über und arbeitete zunächst im Beruf; dann berief ihn das Vertrauen der Kollegen zum Geschäftsführer des Zweigvereins. Als später die Gauroganisation geschaffen wurde, ward er der Beamte des Gauess Bremen. In dieser Eigenschaft hat er sich hohe Verdienste und viel Achtung und Vertrauen erworben. In dieser Eigenschaft verbanden sich bei ihm mit einem umgänglichen Wesen, so daß er sich nicht nur als Organisator, sondern auch als Mensch viel Zuneigung erwarb. Sein Wesen war von jener Lebenswürdigkeit, die nicht erst der Worte bedarf, um gefühlt zu werden, die eben dem ganzen Menschen entströmt, weil sie ihm im Innersten zu eigen ist.

Mit dem Gefühl des herzlichsten Bedauerns vergeichen wir seinen Tod. Sein Andenken in Ehren!

Fortsetzung der zentralen Verhandlungen.

Am 9. März traten die Vertragsparteien, wie früher verabredet, zur Fortführung der Verhandlungen in Berlin zusammen. Es lagen nimmere die Anträge der Parteien zu dem Hauptvertrag und zu dem Vertragsmuster vor. Von Arbeiterseite hat man sich lediglich auf Anträge beschränkt, die sich auf das Vertragsmuster beziehen und die dem abzuschließenden Vertrag ganz allgemein eine bessere Uebersicht geben und für die Zukunft die unendlichen Differenzfälle beseitigen sollen, die bisher aus einer solchen Auffassung heraus über die Bedeutung der einzelnen Bestimmungen des Vertrages oder auch aus ihrer schändlichen Anwendung entspringen sind. In dem Hauptvertrag haben die Arbeiter keine Anträge gestellt, sondern sich mit einer Erklärung begnügt, nach der sie die Festsetzung eines Hauptvertrages zurzeit für unmöglich halten. Wenn ein solcher überhaupt nötig sein sollte, dann kann er erst dann abgeschlossen werden, wenn örtliche Verträge für den ganzen Bereich des Organi-

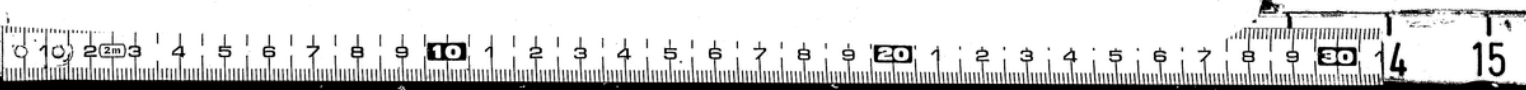
isationsgebietes oder für größere Teile desselben zustande gekommen sind. Zusätzlich wird er darauf zu beschränkt sein, daß in ihm niedergelegt wird, was die Zentralvorstände zur Ueberwachung und Durchführung der Verträge zu tun haben und daß schließlich ein Zentralgericht die verbleibenden Streitpunkte endgültig zu regeln hat.

Der Arbeitgeberbund dagegen hat durch seine Anträge zumbeten, daß es ihm um eine völlige Untrennung des Vertragsverhältnisses zu tun ist. Sein Ziel liegt nicht in der Erstrebung einer Verbesserung des Vertragsverhältnisses für beide Parteien in dem Sinne der Fortentwicklung eines wirklichen Friedenszustandes während der Vertragsdauer, sondern die angestrebte Machtfstellung des Arbeitgeberbundes über die Arbeiterorganisationen wird aufs Neue zum Ausdruck gebracht. Seit dem Jahre 1908 haben wir die Absicht des Arbeitgeberbundes verfolgt können, daß er einen zentralen Vertrag erstrebt, bei dem die zentralen Organisationen die Träger der Verträge bilden sollen, wovon er die örtlichen Organisationen ausschließen will. Diesen Versuch hat der Arbeitgeberbund jetzt wiederum und in verstärktem Maße unternommen, da-

durch, daß er den Hauptvertrag zum Hauptgegenstand der Verhandlung machen will, indem er alle Bestimmungen des Vertrages, die für den Bund die sogenannten brennendsten Streitpunkte bilden, durch den Hauptvertrag geregelt wissen will.

Es wird vielleicht einem späteren Artikel vorbehalten bleiben, alle Anträge des Bundes zum Hauptvertrag und zum Vertragsmuster einer besonderen Würdigung zu unterziehen. Wir wollen für heute nur zwei Anträge besonders hervorheben, die zu dem Hauptvertrag gestellt sind. Sie betreffen die Affordarbeit und die Durchführung der abzuschließenden Verträge. Ueber die Affordarbeit besagt der Antrag des Arbeitgeberbundes, daß sie überall im Geltungsbereich des Hauptvertrages zulässig ist, und daß weder die Einführung, noch die Einschränkung der Affordarbeit durch kollektive Maßnahmen von Seiten der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer herbeigeführt werden darf. Auch das Fehlen eines Affordtarifs soll kein Hinderungsgrund gegen die Affordarbeit sein. Das bedeutet mit nackten Worten nichts anderes, als für die Affordarbeit eine völlig freie Bahn zu schaffen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß, da auch das Fehlen eines Affordtarifs nicht als ein Hinderungsgrund gegen die Affordarbeit angesehen werden soll, jeder Tarifvertrag, der abgeschlossen wird, völlig in der Luft hängt, da die Unternehmer eine Garantie des Stundenlohnes bei der Ausführung von Affordarbeiten strikte ablehnen. Die Arbeiter haben sich nicht absolut ablehnend gegen die Affordarbeit verhalten. Aber sie verlangen, daß die Ausführung der Affordarbeit auf diejenigen Gebiete beschränkt bleibt, in denen sie bisher ausgeführt wurde, und gegen ihre weitere Ausdehnung haben sie gute Gründe anzuführen. Gründe, die auch die Unternehmer anerkennen müßten, wenn von ihnen stützige, hygienische und wirtschaftliche Momente in Berücksichtigung gezogen würden, die nicht nur in Rücksicht auf die Bauarbeiterschaft erwägenswert sind, sondern auch den Bauherren und den späteren Bewohner oder Benutzer eines Bauwerkes interessieren.

Die bessere Durchführung des Vertrages will der Arbeitgeberverband zukünftig durch eine Einkünfte sichern, die er für jede Vertragspartei auf M. 50000 bemessen will. Aus dieser Summe sollen dann bei Verfällen gegen den zukünftigen Vertrag die Geschädigten entschädigt werden. Offenbar weiß der Arbeitgeberbund kein besseres Mittel, um seine so oft dokumentierte Ohnmacht bei der Durchführung des Vertrages zu verdecken. Aber was wird es helfen, wenn die vertragsbrüchigen Mitglieder des Arbeitgeberbundes zu solchen Zeiten aus dem Bund austreten, wie sie es bisher getan haben. Der Bund motiviert seinen Antrag mit einem Hinweis auf eine ähnliche Bestimmung, die im Vertragsverhältnis im Buchdruckgewerbe besteht und meint, was dort möglich ist, müßte auch im Baugewerbe möglich sein. Aber dabei denkt der Arbeitgeberbund gar nicht daran die Möglichkeit zu schaffen, die auf Grund des Tarifverhältnisses im Buchdruckgewerbe vorliegt. Auch im Vertragsverhältnis des Buchdruckgewerbes steht es ganz anders aus. Die Regelung der Arbeitsvermittlung ist eine einwandfreie. Arbeitsnachweise (vulgo Maßregelungsbureaus) in dem Sinne, wie sie den Unternehmern im Baugewerbe vorschweben und von ihnen gehandhabt werden, kennt man im Buchdruckgewerbe nicht. Und Versuche der Unternehmer im Buchdruckgewerbe, die tariflichen Bestimmungen zu durchbrechen und den Vertrag in schikanöser Art zu handhaben, sind so gut wie unbekannt. Wo sie vorkommen, werden sie von den übrigen Unternehmern selbst gemißbilligt. Wo können wir Ähnliches von den Unternehmern des Baugewerbes behaupten? Ueber diesen großen Unterschiede kam es gleich zu Beginn der Sitzung zu sehr ersten Auseinandersetzungen. Von unsern Vorfürhern wurde mit dem



größten Nachdruck darauf hingewiesen, daß wir uns auf solchen Handel nicht einlassen. Lieber lassen wir den ganzen Tarifvertrag scheitern, als den Unternehmern auf diesem Wege auch nur einen Schritt zu folgen. Von den Unparteiischen wurde zu zugehört, man möge doch einmal versuchen, auf Grund der beiderseitigen Anträge zu einem Vertragsmuster zu kommen. Von den Arbeitgebern wurde die Erklärung abgegeben, daß bei ihnen gar nicht die Absicht vorgelegen habe, von den Grundlagen des jetzigen Vertragsverhältnisses abzuweichen; sie hätten nur eine bessere Zusammenfassung des ganzen Vertrages herbeiführen wollen. Es konnte denn in die Verhandlung eingetreten werden, über die nicht viel zu berichten ist und die sich am Schluß des zweiten Verhandlungstages, bei der nahezu das ganze Vertragsmuster durchberaten wurde, dahin zusammenfassen läßt, daß nirgend eine Verständigung erzielt ist und die Parteien in jedem Falle „hart auf hart“ stehen. Es stehen nun noch die Vorschläge aus, die die Unparteiischen den Parteien unterbreiten werden. Darüber hatte man sich am ersten Verhandlungstag verständigt, daß schließlich die Unparteiischen, wenn durch die Verhandlung ein Verständigung nicht erzielt wurde, ihrerseits unterbindliche Vorschläge machen könnten. Ob sie etwas Brauchbares enthalten werden, daß ein erneuter Verhandlungsversuch möglich wäre, wir wagen es kaum zu hoffen. Wir halten die Lage deshalb für sehr ernst.

Nachdem mit dem vorstehenden Bericht über die Vertragsverhandlungen erhielten wir von unbenannter Stelle einen Brief aus dem Lager des Pommerischen Bauherrn-Verbandes zugefunden, der die Situation beleuchtet. Der Pommerische Bauherrn-Verband ist unser ausgesprochener Feind. Von wie tiefem Haß er gegen die Arbeiterchaft befezt ist, läßt uns das nachstehende Schreiben erkennen.

Pommerischer Bauherrn-Verband, Stettin.
Stettin, 5. März 1913.
S. 1, 2, 3.

Bankkonto:
Pommerische Landesgenossenschaftskasse.
Stettin, 5. März 1913.
S. 1, 2, 3.

Euer Hochwohlgebohren!
Nicht vorhersehbare Umstände haben die ersten Besprechungen in Straßburg über die Ziele unseres Verbandes nicht zu dem Ergebnis führen lassen, das besonders im Hinblick auf die an andern Orten gemachten Erfahrungen erwartet werden dürfte. Es ist daher zu Dienstag, den 11. März, 12 Uhr, in Straßburg, Hotel „Goldener Löwe“ eine Zusammenkunft angesetzt.

Die Besprechungen zu den neuen Tarifverträgen (die alten laufen bekanntlich am 31. März ab) nehmen nach den Bestimmungen eines immer günstigeren Verlaufes, so daß mit ziemlicher Bestimmtheit der Ausbruch eines großen Streiks im Baugeverbe vom 1. April ab zu erwarten ist. Bis dahin muß der „Pommerische Bauherrn-Verband“ gerüstet sein.

Ich lade Euer Hochwohlgebohren zu der neuen Sitzung, in der Herr v. Schwertin, Burg-Spanstorf, den Vortrag zu geben sich lebenswürdig bereit erklärt, ein Mit ausgezeichneter Hochachtung
v. Jantshier, Geh. Regierungsrat, Landrat a. D.

Also die junkerlichen Bauherren sehen es als einen günstigen Verlauf der Verhandlungen an, wenn es am 1. April zu einem großen Streik kommt. In Wirklichkeit meinen sie natürlich eine Aussperrung, aber diese

keine Begriffsverwechslung gehört nur einmal zu Ihren Bewohnheiten. Zu der Deftigkeit schreit diese Gesellschaft über Terrorismus der Arbeiter und verlangt gesetzliche Maßnahmen dagegen. Keimlich üben sie den schlimmsten Terror auf die Bauunternehmer aus, damit diese die Verhandlungen so schwierig gestalten, daß es zum Kampf kommen muß. Wahrscheinlich, diese Junker tragen zwar Siebtragen und lackierte Stulpenstiefel, aber ihre Moral müßte schließlich neu lackiert werden, es kommt alljähr zum Vorchein, daß sie in dieser Hinsicht weit hinter den von ihnen so sehr gehassten Arbeiter zurückbleiben. Herr von Schwertin wird so lebenswürdig gewesen sein und seinen Standesgenossen am 11. März ein langes und breites über die Notwendigkeit, die freigeordnete Arbeiterchaft zu bekämpfen, erzählt haben. Und der Geheime Regierungsrat, Landrat a. D., Herr von Jantshier, hat wohlgeheimlich dervellen präfiziert, ohne dabei daran zu denken, daß die von ihm bekämpften Arbeiter mit ihren Steuern dazu beitragen, die Herren Geheime zu bezahlen. Eine recht eigenartige Stellung nehmen aber die Bauunternehmer ein. Sie wollen „Gerren im Hause“ sein. Dabei werden sie in den Großstädten von den Banken und Terraingesellschaften, in den Industriegebieten von den Großindustriellen und in den ländlichen Gegenden, wie in Pommern, von einem junkerlichen Bauherrnverband kommandiert. Unsere Unternehmer haben es nötig sich zu wehren, aber weniger gegen uns als gegen ihre vermeintlichen Beschützer.

Unsere Kollegen werden aus dem obestehenden Briefe den Eindruck gewinnen, daß unsere Sache sehr ernst steht, daß wir nicht bloß die Bauunternehmer gegen uns haben. Sie werden erkennen, daß die Unterneher aus wirtschaftlichen und politischen Gründen von großen Interessengruppen gehoben werden. Wenn wir den Stand der Verhandlungen mit den Nachrichten aus einigen Zweigvereinen vergleichen, nach denen die Unternehmer schon jetzt mit der Arbeit zurückfallen, so kommen wir zu dem Schluß:

Das sind Sturmzeichen!

Die baugewerblichen Unfälle im Jahre 1911.

Die Gefahren der gewöhnlichen Arbeit erhalten ihren besondern Ausdruck durch die Kräfte- und Sturzbeschwerden in den Berichten der Verbände, der Krankenkassen sowie durch die alljährlichen Rechnungsgegenstände der Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsanstalt, in letzteren veröffentlicht ist deshalb eine dankenswerte Statistik über die Unfälle. Es ist das die Zahl der Unfälle, die im Laufe des Jahres 1911 in der Bauindustrie vorkamen, die sich nach dem Stand der Unfälle im Jahre 1910 und 1909 verhalten. Die Unfälle im Jahre 1911 sind im Vergleich mit dem Jahre 1910 um 12,5% und mit dem Jahre 1909 um 10,5% zugenommen. Die Unfälle im Jahre 1911 sind im Vergleich mit dem Jahre 1910 um 12,5% und mit dem Jahre 1909 um 10,5% zugenommen.

Jahr	Unfälle insgesamt	Unfälle im Bauwesen	Todesfälle
1908	669 321	142 966	8856
1909	684 247	139 070	9868
1910	672 961	132 064	8857
1911	716 584	132 114	8448

Das sind brutale Taten, um so mehr, da noch die ungeheuren Opfer der übrigen beruflichen Erkrankungen und Sturzbeschwerden hinzukommen. Die einschlägigen Unfälle und die tödlichen Verletzungen sind zurückgegangen. In diesem Maßstabe sind die baugewerblichen Unfälle im Jahre 1911 gegenüber dem Jahre 1910 um 12,5% und gegenüber dem Jahre 1909 um 10,5% zugenommen. Die Unfälle im Jahre 1911 sind im Vergleich mit dem Jahre 1910 um 12,5% und mit dem Jahre 1909 um 10,5% zugenommen.

Jahr	Unfälle insgesamt	Unfälle im Bauwesen	Todesfälle
1908	68 041	14 187	1130
1909	69 965	13 544	1070
1910	72 492	13 407	1053
1911	79 147	13 490	1145

Wie bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Bauwesen, so ist die Zahl der Unfälle auch bei den Bauverwerber-Genossenschaften an und für sich sowie im Verhältnis zu den beschäftigten Bauarbeitern gestiegen. Nur die einschlägigen Unfälle sind zurückgegangen. Auf je tausend Bauarbeiter kamen durchschnittlich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Bauwesen im Jahre 1911 12,5 Unfälle, im Jahre 1910 11,5 Unfälle, im Jahre 1909 10,7 Unfälle und im Jahre 1908 10,4 Unfälle.

Das Bauverwerber-Genossenschaftswesen zeigt die Tabelle, daß bei einem Bauverwerber-Genossenschaftswesen von den revidierten Betrieben oder Baustellen 91 und 97 und bei andern wieder 300 bis 400 z. Z. revidiert worden sind. Durchschnittlich wurde der einzelne Betrieb (Knapp) ein- bis zweimal revidiert. Die Ausgaben der Bauverwerber-Genossenschaften für die Überwachung der Betriebe haben in den letzten Jahren auch eine nicht zu unterschätzende Zunahme erfahren. Ausgegeben wurden insgesamt rund: 1908 M. 4.443.362, 1909 M. 4.678.317, 1910 M. 6.071.015, 1911 M. 6.844.339. Daß die baugewerblichen Unfälle im Bauwesen einen wachsenden Charakter angenommen haben, ist in unseren Organen wiederholt nachgewiesen worden. Der besagte Erfolg auf dem Gebiete der Unfallversicherung ist nur zum geringen Teil ein Verdienst der Berufsgenossenschaften. Davon ist man auch in den Kreisen der einschlägigen Unternehmer überzeugt. In den Jahresberichten der Berufsgenossenschaften verlangt man genau wie wir auch eine mehr verwirklichte Mitwirkung der Baupolizeibehörden. Der Mangel der einschlägigen Unfälle kommt auch bei den Finanzen der Berufsgenossenschaften zum Ausdruck. Die Unfallversicherungsbeiträge haben sich im Jahre 1911 gegenüber dem Jahre 1910 um 12,5% und gegenüber dem Jahre 1909 um 10,5% zugenommen. Die Beiträge der Bauverwerber-Genossenschaften für die Überwachung der Betriebe haben in den letzten Jahren auch eine nicht zu unterschätzende Zunahme erfahren.

Der Marmor.
Von L. v. Bockst., Friedland.

Die Geschichte des Marmors ist uralte und geht bis in die Anfänge der menschlichen Kultur, zum mindesten bis zu den ersten Anfängen einer höheren Art der Baukunst zurück. Am frühesten finden wir die Verwendung des Marmors für architektonische Zwecke, und zwar bei dem uralten Tempelbau der Ägypter, die ihre Tempel, Säulenhallen und sonstigen Prachtbauten mit Marmor und Marmorsteinen schmückten. Bei den alten Ägyptern, ebenso auch bei den Römern, finden wir bereits eine vornehmlich ornamentale Verwendung des Marmors aus dem vollen Block, finden wir kunstvoll gehauene Säulengänge, Kapitälchen, Grabdenkmäler, Sarkophage, auch aber sehr ausgebreiteter Art vor. Ägypten verfügte über einen reichhaltigen Vorrat an Marmor, aus dem in den letzten Jahren der Verwendung geschaffte wurden. Des höchsten künstlerischen Wertes sind die Marmorarbeiten, die in den letzten Jahren der Verwendung geschaffte wurden. Des höchsten künstlerischen Wertes sind die Marmorarbeiten, die in den letzten Jahren der Verwendung geschaffte wurden.

Annenausbau bearbeitet wurden. Die Schönheit des Marmors und seine Verwendung durch die Hand des Künstlers und Architekts findet schon in den Anfängen der Baukunst ihren Ausdruck. In der Geschichte der Baukunst ist nicht zu unterschätzen — dem kriegerischen Volk gegeben sein, die Marmorarbeiten in Plattenform auszuheben, die Bau des Mausoleums in Gortynen verwendet haben, des Marmors für die Zwecke der architektonischen Verzierungen und Verkleidungen. Von den Marmoren in nahezu unerschöpflicher Form auf die Erde, allerdings erst in der späteren Zeit des Altertums, aber seit der Zeit Julius Cäsars, der u. a. die Ausbeutung der römischen Kaiser fand denn ein kostbarer Luxus in der Verwendung edler Marmorarbeiten für die Zwecke der Platten- und Plattenbaukunst. Aus allen Enden der Welt, von der Ostsee bis zu den Alpen, von den Pyrenäen bis zu den Anden, wurden Marmorarbeiten in Form von Platten, Säulen, Kapitälchen, Sarkophagen, etc. etc. in die Welt geschickt. Die Verwendung des Marmors in der Baukunst ist eine der ältesten und wichtigsten. Die Verwendung des Marmors in der Baukunst ist eine der ältesten und wichtigsten.

Marmor anzuheben. Zahlreiche Tempel und andere Prachtbauten, auch die Wohnhäuser sehr reicher und vornehmer Leute, vollständig aus Marmor war der Bestimmung. Die Marmorarbeiten, die in der Baukunst verwendet wurden, sind in der Baukunst eine der ältesten und wichtigsten. Die Verwendung des Marmors in der Baukunst ist eine der ältesten und wichtigsten.

Tabelle I. Kollaborierer, Betriebe und Unfälle bei den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften mit den Versicherungsanstalten im Jahre 1911.

Table with columns for Berufliche Nummer, Baugewerks-Vereinsgenossenschaften, Zahl der Kollaborierer, Zahl der Betriebe, Zahl der Unfälle, and various insurance statistics for 1911.

Tabelle II. Züchlingsverluste, Unfallverhütung, Verwaltungskosten, Löhne und Entschädigungsbeträge bei den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften mit den Versicherungsanstalten im Jahre 1911.

Table with columns for Berufliche Nummer, Baugewerks-Vereinsgenossenschaften, Züchlingsverluste, Unfallverhütung, Verwaltungskosten, Löhne, and Entschädigungsbeträge for 1911.

Tabelle III. Entschädigte Unfälle bei den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften mit den Versicherungsanstalten im Jahre 1911.

Table with columns for Berufliche Nummer, Baugewerks-Vereinsgenossenschaften, and detailed accident statistics including Berufliche Nummer, Zahl der Unfälle, and Entschädigungsbeträge.

Rechtsverhältnisse des Transports von Marmorblöcken zu übernehmen, hatten auch noch keine Erfahrung in der Bearbeitung des Gesteins, so daß die Marmorarbeit...

An Ferdinand Freiligrath.

Stich Märzwind. Frei Feld. Aus Schollenbraun dringt East zu kalt und dicht. An frohlichem Wanderhabe hast ein Mann...

Die Tabelle III gibt eine interessante Uebersicht über die Betriebsbedingungen und über die Vorgänge, bei denen sich die Anfälle ereigneten. Unsere Kollegen in den einzelnen Bundesstaaten werden Ursache haben, die Angaben der Tabelle nachzuprüfen an der Hand ihrer Kenntnisse von den Umständen auf den Bauten und ihrer Erfahrungen hinsichtlich der behördlichen Unfallverhütung im allgemeinen und der Entlohnung der Unfallverletzten im besonderen. Von besonderem Wert sind hierfür die Spalten 3 und 4 und die Angaben über die Leistungsüberschneidungsgewinnante Angaben.

Politische Umschau.

Der Marineetat und der Etat des Reichsflottenamtes in zweiter Lesung. — Ein Etats-Votumgesetz. — Reichstagsferien. — Die „politische Opferwilligkeit“ und die Willkürbeförderung. Wenn es die hohe geistliche Aufgabe des Parlamentarismus im allgemeinen ist, den energischen Kampf aufzunehmen gegen alle Mächte der Unkultur, gegen die verabschiedeten Vorurteile, so haben die politischen Vorgänge sowohl innerwärts als auch äußerwärts des Reichstages besonders deutlich und greifbar erwiesen, daß augenblicklich der erbitterteste Kampf zu gelten hat dem kulturvernichtenden Willkürismus zu Wasser und zu Lande und dem mit ihm verbundenen Imperialismus. Während das parlamentarische Leben im Reiche des Marineetats und des Etats des Reichsflottenamtes stand, tobte in der Presse aller Parteien der Kampf um die neue Gesetzesvorlage und ihre Deduktion.

Wird etwa einem Gefühl der Sättigung entspricht es, wenn Herr v. Tschup in diesem Jahre einmal ohne neue Forderungen vor den Reichstag tritt. Unter seiner Ägide hat sich die deutsche Flotte in den letzten zehn Jahren so stark entwickelt, daß er auch einmal seinem Kollegen vom Reichsseeamt das Benehmen überlassen kann, zumal die Möglichkeit einer Verbilligung zwischen Deutschland und England auf der Grundlage eines Verhältnisses von 10 zu 10 gegeben zu sein scheint. Immerhin ist der auf dem Flottenprogramm von 1912 basierende Etat mit Neubauten außerordentlich belastet und es bedeutet wahrlich eine unerhörte Zumutung, wenn dazu noch fünf Millionen als erste Rate zum Bau eines Ersatzschiffes für das Kaiserliche „Sohlenjäger“, das dem Kaiser selbst als Luxusobjekt dient, gefordert werden. Doch Herr v. Tschup weiß, was er den bürgerlichen Parteien, die sich in der Marinekennschiffheit zu überlassen suchen, bieten kann. Selbst das Zentrum, das in der Kommissionsberatung einen Widerspruch mit dem Staatssekretär machte, als es die Zehel- und Messelgelder der Offiziere kürzen wollte, sprach sein pater peccator und himmel durch den Mund des unvermeidlichen Erzberger eine begeisterte Rede auf die Flotte im allgemeinen und den Staatssekretär im besonderen an. Ihn folgten die Vertreter der andern bürgerlichen Parteien in derselben Form. Sie alle wissen ja, daß das unerlässlichste Merkmal ihrer imperialistischen Expansionsgehalte, von denen alle von Selbstzweck bis herab zum „entschiedenen“ Fortschrittler erfüllt sind, die gegnerische Flotte ist und so begnügen sie sich, gelegentlich an Kleinigkeiten ihre recht schärfste Kritik zu üben. Da kann es für den Staatssekretär kein Grund zur Sorge sein, wenn die Herabsetzung der Dienstzeit für die Marineoffiziere und Marineinfanterie von einer Mehrheit des Reichstages angenommen wurde, zumal es sich hier nur um eine für die Regierung unbedenkliche Resolution handelt. Die sozialdemokratische Kritik wandte sich mit besonderer Schärfe und Ausführlichkeit gegen das Verhalten der Marineverwaltung, die das ständige Bestimmen von Angestellten und Arbeiter durch allerhand von neuen Lohnarbitr, der überlegen nur einer kleinen Gruppe von Arbeiter Verbesserungen genügt hat, kann nicht einmal als Ausgleich für die stetig zunehmende Erwerbslosigkeit angesehen werden, um so weniger, als mit der Heinen Lohn-erhöhung eine Erhöhung der Arbeitszeit parallel geht. So konnten die sozialdemokratischen Redner an der Hand eines umfangreichen Belegmaterials recht anschaulich zeigen, wieviel noch fehlt, ehe das schöne Wort zur Wahrheit wird, daß die leistungsfähigen Werftbetriebe Mutterbetriebe sein sollen.

Zu besonders lebhaften Debatten führte die zweite Lesung des Etats des Reichsflottenamtes, die der sozialdemokratische Redner eröffnete mit einer allgemeinen Darlegung des grundsätzlichen Standpunktes der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik. In seinen Ausführungen über die Besiedlungsfrage der Kolonien konnte sich der Redner stützen auf die von dem Gouverneur für Afrika, als von kundiger Seite bezirkelte Auffassung, die im wesentlichen die von der Sozialdemokratie schon immer eingenommene Haltung bestätigte. Nach diesen auf eigener Anschauung beruhenden Feststellungen ist der Gesundheitszustand der weißen Ansiedler im Innern Ostafrikas sehr arg bedroht durch Malaria und andere Tropenkrankheiten, so daß an eine Besiedlung dieser Kolonie in dem Umfang, wie Kolonialphantasten es beschreiben, nie zu denken ist.

Die deutsche Kolonialgeschichte, besonders in Afrika, ist eine Kleinandrerzählung von blühenden Eingeborenenverfolgungen und eine einzige Kette von Massenmorden an der eingeborenen Bevölkerung. Da ist denn kein Wunder, daß die Zahl der Opfer mühsig, ob 100 000 oder, wie offiziell angegeben wird, 27 000 Schwarzwe der Menschenschinderei zum Opfer gefallen sind; denn darüber wird kaum jemals eine Kriegsgeschichte sichere Auskunft geben. — Nur eine wertvolle Eingeborenenkultur, eine Kolonialpolitik mit

den Schwarzen, nicht wider diese, kann die Ausichten auf die Entwicklung unserer Kolonien bessern und die wesentlichen Klagen an schwarzen Arbeiter verstummen machen. Solange wir also das ganze System unserer Kolonialpolitik nicht grundständig ändern, werden wir trotz aller kolonialbegeisterten Runden der bürgerlichen Parteien im Reichstage keine Freude an unsern Kolonien haben. Es ist unermessbar, daß die unablässige sozialdemokratische Kritik schon in manchen Dingen Wandel geschaffen und zusehends auf die maßgebenden Stellen im Reichsflottenamt eingewirkt hat. Aber das „Singenessen“, von dem der Staatssekretär Dr. Wolf sprach, müßte in bescheidenem Zeiträume geschehen zum Besten der Entwicklung unserer Kolonien und im Interesse einer wirklich humanen Kolonialpolitik.

Mit der Verabschiedung des Flottenetats am Sonntagabend, 8. März, ist der Reichstag in die bis zum 2. April währenden Osterferien gegangen, nachdem er, da der Etat in diesem Etatjahre nicht mehr fertiggestellt werden konnte, noch ein Etats-Votumgesetz angenommen hat. Dies Gesetz enthält Bestimmungen, nach denen die Gehaltssteiges in den Monaten April, Mai und Juni d. J. nach Maßgabe des zurzeit geltenden Etats fortzuführen sind. Der Willkürrecht, der Etat des Reichsflottenamtes, des Reichsflottenamtes, des Reichsflottenamtes ufm. können gegenwärtig nicht beraten werden, da alle Strafen von der Vorbereitung der Militärvorlage und der Frage der Deduktion in Anspruch genommen sind.

Die Kurzaufstellung, in der nach den Erklärungen der besonders interessierten Nichtparlamentarier die gesamte Gesetzesvorlage ohne Parteien und Feilschen en bloc angenommen werden müßte, ist nun doch schnell verfallen, nachdem die Deduktionsfrage in eine für sie etwas peinliche Situation eingetreten ist. Insofern ist aus der Presse, die sich bisher in Opferwilligkeit und Begeisterung für die neuen militärischen Forderungen in jählingsoberall Beteiligten überprüfte, eine merkliche Abkühlung festzustellen. Wenn sich auch einige konservativen Organe noch die größte Mühe geben, den allgemehnten „politischen“ Konjunkturalismus, so ist doch eine Wandlung nur zu deutlich zu erkennen. Eine wahrhaft rührende Tätigkeit entfalten sie in dem Aufsuchen von Gründen, die gegen eine Vermögensabgabe sprechen und wissen nicht genug von den „Gefahren“ zu berichten, die der Vorschlag der Regierung in sich birgt. Allen voran sind es die hochkonservativen „Neuzug.“ und die bündnerische „Deutsche Tagesgl.“, die ihre schweren Bedenken äußern, ob es wirklich äußerster Notwendigkeit bedürfe, sich mit der Vorlage an die Öffentlichkeit zu stellen. Besonders aber fürchten sie die Konsequenzen einer einmaligen Vermögenssteuer für die Zukunft, momentane zweifelhafte die dauernde Vermögenssteuer zu verfallen ist.

Im wenigstens aus dieser heissen Situation etwas herauszufinden, wird in einem Teil der konservativen Presse die Zustimmung zu dem Plan der Regierung von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Erbschaftsteuer nicht zur Deduktion der fortlaufenden Ausgaben herangezogen werden dürfe. Außerdem wünschen sie, daß allen denen, die ihre Vermögen durch Liegen lassen, Gelegenheit gegeben werde, sich von dem Willkürdemonstrator zu drücken. Wer sein Vermögen etwa in Jagdgründen, ausgebelebte Parkanlagen ufm. stellt, der soll nach dem Herzen der Junker von einem Vermögensabgabe verschont bleiben. Bei solchen Auswüchsen innerlichen „Opfermutes“ ist denn doch die Öffentlichkeit zu treten, ehe die „Opferwilligkeit“ der Junker völlig auf dem Verliererpunkt angelangt sein wird. So wollen also diese Herrschaften die Abstimmungsumme von einer Willkür befreien, um sich der Verpflichtung zu entziehen, an den fortlaufenden Ausgaben in Höhe von etwa 200 Millionen Mark herangezogen zu werden. Diese Summe soll vielmehr wieder in der Hauptjache aus dem ärmeren Bevölkerungsschichten durch neue indirekte Steuern herausgepreßt werden. In daselbe Horn schützt die Herkule „Bemerkung“, die dem Bundesrat empfiehlt, es sich reichlich zu überlegen, ob er gut daran tue, in so schweren Zeiten eine Verbilligung der Gehaltssteuer, die zweifellos eine Verbilligung der reichhaltigen Parteien bedeuten würde, unter die bürgerlichen Parteien zu werfen. Wahrscheinlich, die Schwärzungen beschränken sich auf das Gehalt. Zur Zahlung der 40 bis 60 Millionen Mark — denn diese Summe entspräche etwa dem Finsterfuß der ihnen durch die Zahlung der Willkür erzwungene — wollen sie sich, wenn auch nur mit jähzweurer Miene, äußerlich bereit erklären, während sie die Aufbringung der 200 Millionen wieder den unbemittelten Bevölkerungsschichten überlassen wollen. Diesen immer mächtiger werdenden Rufen der reichhaltigen Parteien gegenüber muß neuen indirekten Steuern muß die Herkule auf der Hut sein und ihre ganze Macht darauf verwenden, eine abermalige Fälländerung der Massen abzuwenden.

Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes. Zugenabteilung.

Zu nachstehenden Orten sind vom Verbandsvorstand Zugenabteilungen ernannt worden. Als Obmann ist bestimmt:

- Wohlm, Karl Schneider, Ottostr. 115.
Braunschw. Carl Schulze, Werber 32, 1. Et.
Chemnitz, Paul Richter, Rischleider Straße 12, 2. Et.
Dortmund, Rud. Nicolaus jun., Lessingstr. 32.
Eisenberg, Rud. Müchle, Seilerstr. 33.
Hilfingberg, I. Fr. Gustav Reimer, Heidemannstr. 19a.
Hilfingberg, Max Beer, Rathhausstr. 1.
München, Ferd. Schmidt, Poststr. 12.
Waldenburg, I. Schil, Karl Franz, Friedländer Straße 22.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2a des Statuts von Zweigverein Berlin: Paul Streb, geboren am 10. November 1870, eingetreten am 1. November 1892 (Waldenburg-Str. 233 607); von Zweigverein Hilfingberg: Edwin Deltwig, geboren am 11. Juli 1880 zu Waldheim, eingetreten am 21. Mai 1911 (089 099); von Zweigverein Wittweide: Hans Seuf, geboren am 10. Juni 1882 zu Hilfingberg, eingetreten am 7. Juli 1910 (216 103); Friedrich Baumhach, geboren am 7. Oktober 1885 zu Hilfinghausen, eingetreten am 10. Mai 1906 (215 957); von Zweigverein München: Wolfgang Gebl, geboren am 22. April 1884 zu Werdhing, eingetreten am 8. März 1910 (32 909); Franz Hanf, geboren am 8. September 1877 zu Hilfingberg, eingetreten am 19. März 1905 (221 030), Joh. Schauer, geboren am 6. Januar 1886 zu Hilfing, eingetreten am 18. Mai 1910 (219 458), Andr. Gewain, geboren am 11. September 1884 zu München, eingetreten am 6. Dezember 1910 (41 016); von Zweigverein Aumburg: Hermann Müller, geboren am 6. Februar 1865 (0121 931), Otto Schröder, geboren am 2. September 1880 (075 137); von Zweigverein Dornhausen: Wilh. Niemeier, geboren am 5. März 1877 zu Dornh., eingetreten am 1. August 1912 (0 305 940); von Zweigverein Weimar: Johs. Schröder, geboren am 9. September 1879, eingetreten am 22. Oktober 1904.

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Geschlossen ist in Aumburg das Mitgliedbuch Nr. 081019 des am 27. Januar 1881 geborenen Kollegen Wilh. Jündes, eingetreten am 1. März 1911 zu Leipzig a. d. Weg.

Vom 4. bis 10. März haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkassa geleandt: Aumburg A. 5, 64, Bargelöhne 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56.

Kalender.
Jhr. k. 70. „Grundstein“-Decker.
Witzburg A. 3, 80.
Protokolle von der Sinfkatorenferenz.
Witzburg A. 2.
Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Bezirksvorstände. Bezirk Breslau.

Am Freitag, 7. März 1913, verlegen wir das Bureau des Bezirksauschusses in das Generalkonsulat. Von genannten Tage an bitten wir alle Zuschriften und Sendungen an uns an die gemeinsame Adresse: Genirk 31, 2. Et., Breslau I, Margaretenstr. 17, 2. Et., senden zu wollen.
F. A. Julius Hofmann.

Lohnbewegungen und Differenzen. Deutschland.

- Ane. Sperr über die Arbeiten des Unternehmers Lein. Bremen. Sperr über die Firma Curt Wärdmann.
Breslau. Sperr über die Rabitzarbeiten der Firma Römermann.
Bremerhaven. Aussperrung der Maurer und Hilfsarbeiter auf der Tecklenborgschan Werft.
Chemnitz. Sperr über die Firma Manfred Siyovs in Thalheim.
Coblenz. Sperr über die Firma Hilger in Boppard.
Darmstadt. Sperr über dem Tabakunternehmer Koch und an dem Bau der Flughalle.
Dresden. Sperr über die Firma Eichler & Seifarth, D.-Löbtau, Habsburger Strasse, und über die Firma Noyak, D.-Neustadt, Opperlstrasse.
Frankfurt a. M. Streik der an Kahlhänlen beschäftigten Maurer bei Barmerstr. & Wolf und Gustav Bilger & Co.
Giessen. Sperr über die Firma Kröck & Nosseldroher in Houchelheim.
Gollner. Sperr über das Geschäft von Wilh. Köster.
Göttingen. Sperr über die Firma Rosenplänter & Frantz Grelswald. Differenz über das Baugeschäft H. Medenwald.
Hannover. Sperr über die Firma Reincke & Co. aus Stettin.
Hagen. Sperr über die Firma Burau.
Hilfingberg. Sperr über die Firma Peters.
Hilfingberg a. H. Sperr über Kunstsin.
Hof a. d. S. Sperr über die Bauarbeiten der Voigtländischen Baumwollspinnerei-Lohnkührungen.
Horsl. I. H. Sperr über die Firma W. Schmidt.
Jarmen. Sperr über die Firma Brandt.
Kallungen. Sperr über die Arbeiten des Unternehmers Evers in Quarostadt, über die Arbeiten des Subunternehmers Lorenzen im Lokstötter Lager.
Königsberg i. Pr. Sperr über die Arbeiten der Firma Fey aus Danzig, an den Forts in Prappeln, Kaschan und Anwidon.
Lauterberg. Sperr über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Lautsch, Hoho Straße, über die Maschinenfabrik K. Krause, Leipzig.
Anger, Zweinänderstraße, Hieschold & Hieschold in Engelsdorf, Hiedrich & Albrecht in Leipzig, Wind-

scheitstraße, E. Harmel (Patent Rohrdreher), über den Neubau des Unternehmers Novatyk in Pausdorf, über die Betonbaufirma Sonntag & Schneider am Brückenbau in der Kaiserin-Augusta-Straße. (Die letztgenannten drei Firmen zahlen keinen Lohn).

Mannheim-Ludwigsh. Streik bei der Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau.

Mühlheim-Oberhausen. Sperrte über die Firma Kurth & Hoffmann.

Miesky. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers Knörich auf Schloß Ober-Giebelberg. (Der Unternehmer zahlt den Wochenlohn nicht).

Nordenham. Streik.

Pillkallen. Sperrte über die Arbeiter des Unternehmers Fodejuch.

Pödeljuch. Sperrte über die Firma Köhnenmann und über die Firma Martini in Friedlandenburg.

Pöhlitz. Sperrte über den Unternehmer Paape.

Reinbek. Sperrte über den Neubau auf dem Glückstadt-schen Grundstück in Wentorf wegen rückständigen Lohnes.

Rügenwalde. Sperrte über die Firma Papenfuß.

Sachsenbeck a. d. Elbe. Sperrte über die Bauarbeiten der Sächsisch-Thüringischen Portland-Zement-Fabrik Frösing & Co.

Schiffslitz. Sperrte über den Unternehmer Pahlmann.

Steck. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers Kröger-Eichede in Fürstenthorp-Nord.

Stettin. (Maurer.) Sperrte über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick.

Strassburg i. E. Sperrte über das Eisenbetonbaugeschäft von Ed. Zühlke & Co. in Kehl.

Strellitz. Sperrte über die Arbeiter der Firma Weiland.

Wahlitz. Sperrte über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.

Zinnowitz. Sperrte über die Arbeiter der Unternehmer Johann Koppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Enke und Carl Mädele in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Kosowor.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bielefeld, Minden und Oeynhausen. Alle Arbeiten des Zwischenmeisters Hüme sind gesperrt.

Gelsenkirchen. Sperrte über die Firma Hinebeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.

Hamburg. Sperrte über die Firma Aug. Boehne Söhne.

Mannheim-Ludwigshafen. Sperrte über den Zwischenmeister Gustav Rost.

Mühlheim a. d. Ruhr. Sperrte über Heinrich Tormieden.

Oberschlesisches Industriegebiet. Partiieller Streik.

Gipser und Stukkateure:

Bielefeld, Minden und Oeynhausen. Alle Arbeiten des Zwischenmeisters Hüme sind gesperrt.

Gelsenkirchen. Sperrte über die Firma Hinebeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.

Hamburg. Sperrte über die Firma Aug. Boehne Söhne.

Mannheim-Ludwigshafen. Sperrte über den Zwischenmeister Gustav Rost.

Mühlheim a. d. Ruhr. Sperrte über Heinrich Tormieden.

Oberschlesisches Industriegebiet. Partiieller Streik.

Isolierer und Steinholzleger:

Olz. (Isolierer.) Sperrte über die Firma Jul. Katho wegen verweigertem Anerkennen des Tarifvertrages... (Steinholzleger.) Sperrte über die Einbalt-Werke (Zweigstelle Olz).

Dalsburg-Oberhausen. (Isolierer.) Sperrte bei den Firmen Donatso Asbestgesellschaft und Oertgen & Schulze in Duisburg.

Arbeitsmarkt.

Neben der Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Rührberg, Oldenburg i. Großh., Schleißing, Stade, Weydel und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Bezirk Hamburg.

Obwohl die Bauunternehmer in Abmahnung dem Arbeit-geberbund angehören, hatten sie doch keine Meinung, es einen Kampf ankommen zu lassen. Zwischen den dortigen Unternehmern und uns haben vor kurzer Zeit Verhandlungen stattgefunden, die zum Abschluß eines Vertrages bis zum 31. März 1913 führten. Die erzielte Lohnsteigerung betrug 4 1/2 pro Hund. In Verhandlung dessen, daß die Lohnsteigerung nicht mehr genügt, ist der hiesige Stadt-Verband nicht mehr geneigt, was fast die Hälfte der Arbeiter und neue Häuser, die erst vor ein paar Jahren gebaut wurden, ebenfalls dürfte sein, können die Kollegen mit dem Besultat zufrieden sein.

Bezirk Hannover.

Aus demselben wird uns geschrieben: Was alles Unter-nehmer den Bauarbeitern zu bieten haben, davon haben wir manchen gehört. Heute wollen wir ein neues Ange-legen. An dem Ende bei Wodenwerder will der Reichsbaumeister Friedrich Müller aus Litten-stein einen Neubau aufstellen. Dazu braucht er nun Maurer, und diese sind bekanntlich unerschwinglich genug, für ihre Arbeit auch Geld zu verlangen. Damit sie aber nicht auszuviel verlangen... nach der Meinung unserer Unter-nehmer ist jeder Lohn zuviel... verdient sich jeder Arbeiter unter ein Schicksal, nach dem sie sich verpflichten, an seiner Lohnsteigerung oder Lohn-entwertung teilzunehmen. Dann dürfen sie ihr Leben lang

für 35 1/2 stündlich bei Herrn Müller arbeiten, voraus-gesetzt, daß er Arbeit für sie hat. Wie ein Mensch oder gar eine Familie bei einem Tagelohn von 2,70 bis 2,80 leben kann — was kümmerlich sein dürfte. Das braucht möglicherweise soviel zu seinem Frühstück. Dabei frucht eines vierstündigen stampfes darstell. Zum Stampe. Unsere Kollegen von Wodenwerder werden hoffentlich alle Mann genug sein, einen derartigen Lohn nicht zu unterzeichnen. Selbst wenn Müller einen großen Lohn zahlte, müßte jeder ebenbürtige, auf-richtliche Arbeiter die Unterschrift verweigern. Wer unter-schreibt, der verdient, daß ihn der Intereschmer täglich mit der Flanbepfeife bestrafet.

Bezirk Königsberg.

Aus Königsberg L.-Ohr. wird uns geschrieben: Die Firma Bach und Dangig führt hier die Eisen-blechearbeiten an mehreren Gebäuden. Die tarif-lichen Löhne für das Betonbaugeschäft, wozu Herr Bach zu hoch und daher reduzierte er dieselben um 10 bis 15 pro Hund. Als Grund hierfür gab er an, daß er aus dem Arbeitsgeberverband ausgetreten sei, er könne nun seinen Lohn nach dem Markt stellen. Diese wichtige Angelegenheit ist jedoch hierüber anders und verstanden die tarifmäßige Beziehung; hierauf wurde ein Teil der 150 Kollegen, die die Firma geperrt. Es streifen breder von auswärts herangekommen und strei-ten. Am Donnerstag, 6. März, trafen circa 80 polnische Arbeiter ein, die-je sollen Eisenbetonarbeiten ausführen. Sieh schon die bis-herige Arbeit viel zu wenig übrig zu können die Polen nur Geld verdienen. Die Forderungen sind noch nicht nur für die Augen, sondern sie sollen im Verhältnis doch auch eine Bedeutung haben. Es wäre sonst wirklich schade um das schwere Geld was verkauft wird. Also weil unsere Kollegen die Zahlung der tariflichen Löhne verlangen, müssen zur Herstellung von Eisenbetonarbeiten eingeleitet nationalen Arbeit. Zur Beschaffung der Polen ist auch eine ganze Anzahl Gendarmen aufgestellt, sogar bei Nacht wird ihre Parade von Gendarmen gemacht. Es werden in Preußen Arbeiter behandelt, die bei Eisenbetonarbeiten auf Zahlung der tarifmäßigen Löhne bestehen. Wir haben es weit gebracht in unsern geliebten Vaterlande.

Bezirk Straßburg.

Wie uns aus Straßburg geschrieben wird, hat der dortige Bezirksverband des Arbeitgeberverbandes in der St. O der „Hof- und Bauverwaltung“ folgende Bekanntmachung erlassen:

„In unsere berechtigten Mitglieder! Von einem uns bekannten Bauverpächter ist bei uns angefragt worden, ob wir nicht einige Kolonnen tüchtiger holländischer Maurer gebrauchen könnten. In Holland sei jetzt gerade die beste Gelegenheit, solche Leute zu bekommen. Wir erlauben unsere berechtigten Mitglieder, uns baldmöglichst mitzu-teilen, ob und woher Bedarf besteht, damit wir dem betreffen-den Bauverpächter baldigst Befehle zufommen lassen können.“

A. B. I. O. N., Vorländer.

Da bemerkt sich nun der Zentralverband des Arbeit-geberverbandes für das Baugeschäft, den Straßburg, der Öffentlichkeit zu beweisen, daß wir eine sehr schlechte Bauqualität haben, und nun kommt so ein Bezirksvor-stand her und beweist das Gegenteil. Wäre die Kon-junkturen nicht so sehr schlecht, so hätte Herr Bion dem holländischen Arbeiter nicht auf Beschäftigung werden können, da die bisshen Arbeit in Deutschland genug einheimische Ar-beiter vorhanden seien. Herr Bion tut das Gegenteil. Damit beweist er, daß er die offiziellen Anordnungen des Baugeschäftes nicht glaubt. Original ist übrigens, daß gleich hinter die Bekanntmachung ein offizieller Kommerzialartikel über die schlechten geschäftlichen Aus-sichten des Baugeschäftes steht.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbefehle und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Tag-organes. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag-morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berück-sichtigt werden können, wenn sie Dienstag-s vormittags in unsern Händen sind.

Aufführung. (Jahresbericht.) Der Zweig-verein kann auf das Jahr 1912 leider nicht als ein gutes Entwicklungsjahr zurückblicken. Die Hauptarbeit war die Sanierung der Baugewerkschaft. Die Mitgliederversammlung machte sich um die Verwirklichung unserer Kollegen zu nütze, um sie mit dem bekannten fassen Druck in die geistliche Organisation zu pressen. In dem Bau erzielten nur solche Kollegen Arbeit, die der christlichen Organisation angehören oder bereit waren, zu ihr überzutreten. Bei uns ist der Bau nicht mehr im Fortschritt. Dadurch wurden 24 unsere Mitglieder, 21 Maurer und 13 Hilfs-arbeiter, gezwungen, zu der christlichen Organisation über-zutreten, wollten sie nicht arbeitslos auf dem Platz sein. Von 65 Mitgliedern am Anfang des Jahres hatte der Zweigverein am Jahresende nur noch 21. Für die Sanierung sind 20,45 eingekommen und 316,31 ab-gelassen. Die Restaffäre hatte eine Einnahme von 100,13 und eine Ausgabe von 118. Der Restbestand ist somit um 11,57 kleiner als am Anfang des Jahres, er be-trug 109,88. Die Kollegen werden auf dem Platz sein, um die Arbeit anzugehen.

Barmen-Gesefeld. (Jahresbericht.) Das ab-gelaufene Jahr war kein gutes Baujahr. Die private Bau-schlechte im Verhältnis zu den vorhergehenden Jahren lag sehr daneben. Dabei ist die Zahl der Le-tzen 1 1/2 gestiegen. In allen Gebieten des Baugeschäfts namentlich für den Wohn-nungsbaue und den Bau gewerblicher Anlagen, zurück-gegangen. Was an öffentlichen Bauten angeht, wurde, machte den Ausfall nicht weit. Dazu brachte unangenehme Verhältnisse viele Arbeiter. Die Arbeit-erzwänge der Bauarbeiter sehr groß. Die schlechte Bauqualität unter den Bauarbeitern noch sehr zu be-zeichnen. Bei den übrigen Werken sind noch 1047 Bau-aufnahmen erzielt, dagegen waren aber 888 Mitglieder in-folge der schlechten Bauqualität zur Abreise gezwungen. Getreten sind von dem Statutenverband über-zugewandert, aus dem Verband 63, zugewandert sind 230 Mit-glieder. Der Abgang betrug 452 Mitglieder. Von 182 Mitgliedern war der Betrieb unbekannt. Fast der Hälfte der Mitglieder fehlte die Mitgliedschaft im Jahr 1912. Von 2200 auf 2383 Mitglieder. Taton sind 1241 Maurer, 620 Hilfsarbeiter, 171 Statutenre-der, 42 Statutenreder, 203 Versammlungen und 89 Sitzungen der Statutenreder fanden statt. Die Teilnahme der Kollegen an den Versammlungen war unbedeutend besser. Eine Erhebung im Ziebau-gewerbe ergab, daß von 855 in 40 Betrieben geschäftlich be-treuen 347 Bauarbeiter und 238 Ausländer waren. Daran sind die Nationen der Holländer, Russen, Böhmen, Kroaten, Slowenen und Italiener beteiligt, doch stellen die letzteren mit 439 Mann den größten Anteil. Organisiert dem entsprechen auch die Arbeitsverhältnisse. Die Arbeits-zeit beträgt 10 bis 13 Stunden und der Stundenlohn 32 bis 62 1/2, durchschnittlich 42 bis 44 1/2. Im Baugeschäft liegen die Verhältnisse besser. Von 189 Beschäftigten waren unteren Verband 108. Die Arbeitszeit beträgt fast überall 9 1/2 Stunden. Die Stundenlöhne entsprechen den tarif-lichen Bestimmungen für das Baugeschäft. Die Über-zahlung der tariflichen Arbeitsbedingungen kostete je-der viele Mühe. Bei den Unternehmern überwiegt das Be-zuglegen, sie zu umgehen, und ihre Karrieren. Deshalb ist die Beschäftigung der Bauarbeiter wie aller Kollegen dringend geboten. Das zeigen außer den schlechten Ver-hältnissen, die durch Rücksprache beiseite werden können, die in den Tarifkämpfen verhandelt werden. Für die Kollegen sind eingekommen 62 949,20, abgegangen sind 34 819,22. Die Restaffäre hatte eine Einnahme von 88 996,54 und eine Ausgabe von 23 312,12. Der Restbestand lag bei 10 601,00 auf 16 639,42. Trotz der unangünstigen Konjunktur hat unser Zweigverein gute Arbeit gemacht. Er hat an Festigkeit und Kampf-sfähigkeit gewonnen. Jetzt befinden wir uns mitten in der Lohnbewegung. Da muß alles vernünftig werden, was unsere Einigkeit gefährden könnte. Das Intereschmen stellt uns gerüstet gegenüber, um die Verbesserung unse-rer Lebensverhältnisse zu hindern. Das darf ihm nicht gehen. Zur Beschäftigung jeder seine Pflicht, damit eine große Zeit kein Heines Geschick ist.

Barmen-Gesefeld. (Jahresbericht.) Dem Zweigverein traten im Jahre 1912 993 Mitglieder bei. Er hatte am Jahresende 779 Mitglieder, darunter 578 Maurer und Statutenreder und 404 Hilfsarbeiter. Es sind 15 Versammlungen, 18 Vorstandssitzungen und 12 Revisionen ver-anstaltet worden. Die Bauqualität war nicht besonders gut. Von 139 Baugeschäften waren 26 Neubauten. Viele unsere Kollegen mussten in anderen Städten fern von ihrem Heim und ihrer Familie, Beschäftigung suchen. Am 1. April trat die letzte der im Jahre 1910 erteilten Lohn-erhöhungen in Kraft. Der Stundenlohn stieg dadurch um 2 1/2 und betrug seitdem für Steinbauer bei neunmündigen Arbeiter 45 1/2, für Maurer 45 1/2, für Hilfsarbeiter 37 1/2. Gewissen Leuten ist dieser Lohn bei hoch, aber die Lebensverhältnisse der Arbeiter kennt, namentlich über die Wirkung der fortwährenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse an eigenen Leibe verspürt, der wird mit uns darin übereinstimmen, daß die Löhne dringend aufgebessert werden müssen. Die Durchsetzung des Be-zuges machte nur anfänglich Schwierigkeiten. Die Beschäftigung unserer Verwaltung sorgte dafür, daß die Arbeit-geber den Vertrag im allgemeinen einhielten. Die Schlichtungskommission mußte in einem Falle angerufen werden, der besondere Beachtung verdient. Am Neubau der Spinnerie waren zwei Angehörige im Gebrauch, in deren Stellenglieder immer je zwei Steine gelegt wurden, obwohl sie nur für einen Stein eingerichtet waren. Das ergab die Unfallgefahr ganz außerordentlich. Auf keinem Bau halten wir denn auch tatsächlich so viele Unfälle zu ver-zichnen, wie auf diesem. Im Verlaufe unserer Ver-waltung verbot der hiesige Bauamtverwalter das fernere Einlegen von zwei Steinen. Dies nahm die Firma zum Anlaß, 18 Kollegen, Maurer wie auch Hilfsarbeiter, zu entlassen, obwohl der Bau etwa erst zur Hälfte hochgeführt war, und es überall an Material fehlte. Man ging sogar soweit, den Arbeitern zu sagen, sie möchten ihre An-gehörigen entlassen, dafür zu sorgen, daß mehrere zwei Steine eingelegt werden dürfen, dann könnten sie wieder anfangen. Die Schlichtungskommission beurteilte das Verhalten der Firma als gegen den Vertrag verstoßend. Sie mußte die entlassenen Arbeiter wieder einstellen und den entlassenen Lohn für zwei Tage einschlagen. Die Firma aber, mit dem Ausgang dieser Sache nicht zufrieden, forderte von der Berufsgenossenschaft in München ein Gutachten. Das Gutachten besagte: Bei genügender Ein-schaltung und Aufsicht, wie auch bei entsprechender Tra-gung, kann es vorkommen, daß ein Arbeiter zwei Steine einsetzt, wenn es in die Handlung der Bauarbeiter ein-gesprochen wird. Ein hiergegen von unsern Mitgliedern erhobener Einspruch blieb ohne Erfolg. Am Interesse eines not-wendigen Einleges der Bauarbeiter ist bei der Beurteilung der Betriebs-sicherheit solcher Anlagen nicht nur ihre all-gemeine Verantwortlichkeit, sondern auch das Recht der Stellen-glieder in Betracht zu ziehen. Einen schönen Erfolg brachte die Kritikverteilung in Verord und Umgegend. Dort

